

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Fledder, Schölerberg (24)

am Mittwoch, 16. September 2015

Dauer: 19:30 Uhr bis 21:15 Uhr

Ort: Grundschule am Schölerberg, (Aula), Jellinghausstraße 24

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Frau Bürgermeisterin Jabs-Kiesler

von der Verwaltung: Frau Stadträtin Rzycki, Vorstand Bildung, Kultur, Soziales

von der Stadtwerke
Osnabrück AG: Herr Schulte, Planung Bus

Protokollführung: Herr Goedecke, Referat Strategische Steuerung und Rat

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Geplante Baumaßnahmen im Zoo
 - b) Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Tempo 30 – Zone in der Ameldungstraße
 - c) Am Huxmühlenbach: Lärmbelastungen, Straßenschäden und weitere Entwicklung auf dem Gelände ehemals Allkauf
 - d) Fahrpreiserhöhungen für Stadtbusse zum nächsten Fahrplanwechsel
 - e) Rückstau an der Meller Straße
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Rückschnitt von Grünbewuchs am Bolzplatz in der Neelmeyerstraße
 - b) Sachstand Käthe-Kollwitz-Schule
 - c) Beschädigte Sitzgelegenheit am Rosenplatz
 - d) Verbindungsweg zwischen Meller Straße und Bozener Straße: Rückschnitt Grünbewuchs und fehlende Beleuchtung
 - e) Bauarbeiten im Bereich zwischen Wartenbergstraße, Am Galgesch und Ertmanplatz
 - f) Verlegung der Autobahnbedarfsumleitung aus der Miquelstraße

Frau Jabs-Kiesler begrüßt ca. 30 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Frau Jacobsen, Herr Mierke, Frau Wachtel - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Frau Jabs-Kiesler verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 18.03.2015 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

Zu 1d) **Verkehr „An der Huxmühle“** kritisiert ein Bürger, dass es sich um wichtiges Thema handele, welches jetzt zu schnell abgehandelt werde. Das Thema sei mehrfach angesprochen worden; trotzdem habe es keine Geschwindigkeitskontrollen gegeben. Mittlerweile sei für die Straße Tempo-50 ausgewiesen. Die Straße sei sehr schmal und es gebe keinen Bürgersteig. Deshalb sei die Situation insbesondere für Fußgänger gefährlich.

Frau Rzycki schlägt vor, dass Thema für die nächste Sitzung noch mal auf die Tagesordnung zu setzen und von Fachleuten erläutern zu lassen.

Herr Bergmann betont, dass die Anwohner unzufrieden mit der festgelegten Regelung seien. Es sei nicht erforderlich, dass die Entscheidung noch mal erläutert werde.

Herr Mierke erklärt, dass für die Straße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angebracht wäre. Er begründet dies mit dem Straßenzustand und damit, dass es durch die Besucher der Huxmühle regelmäßig viele Fußgänger in der Straße gebe. Er legt dar, dass er dies noch einmal weitergeben werde.

Frau Budke schlägt vor, über den Runden Tisch einen Ortstermin zusammen mit Fachleuten der Verwaltung durchzuführen. Der Runde Tisch Schölerberg könne hierbei als Ansprechpartner für die Verwaltung fungieren, um einen Termin zu organisieren.

Frau Rzycki erklärt, dass dies ein sinnvoller Vorschlag sei und die Anregung weitergegeben werde.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Geplante Baumaßnahmen im Zoo

Frau Brückmann und Frau Budke vom Runden Tisch Schölerberg nehmen Bezug auf geplante Maßnahmen des Zoos zur Schaffung eines neuen Themenbereiches „Nordamerika“. Sie heben in diesem Zusammenhang die hohe Bedeutung des Schölerbergwaldes für die Bürger des Stadtteiles hervor und fordern die Stadtverwaltung auf, die Genehmigung weiterer Maßnahmen genau zu prüfen. Außerdem wird gefragt, ob im Rahmen der Wärmeversorgung des Landkreises durch den Zoo der Bau von weiteren Gebäuden vorgesehen ist.

Frau Rzycki erläutert, dass die Verwaltung über die Absichten des Zoos, im südöstlichen Teil des Geländes ein Projekt „Nordamerika“ zu verwirklichen, informiert sei. Konkrete Antragsunterlagen seien der Unteren Naturschutzbehörde als Genehmigungsbehörde noch nicht vorgelegt worden. Sie erklärt, dass die erforderlichen Bauvorlagen bauplanungsrechtlich sowie umwelt- und artenschutzrechtlich geprüft würden, wenn diese von der Zoogesellschaft eingereicht werden.

Sie legt dar, dass der Verwaltung die Bedeutung des Themas bekannt sei. Allerdings könnten noch keine konkreten Aussagen zu etwaigen Vorhaben getroffen werden, da noch keine Antragsunterlagen vorliegen würden.

Sie berichtet weiterhin, dass nach Rückmeldung des Zoo Osnabrück keine neuen Gebäude für die Wärmeversorgung des Landkreises durch das Blockheizkraftwerk des Zoos geplant seien. Möglicherweise würden temporär Arbeiten zur Verlegung von Leitungen vorgenommen.

Frau Budke begründet die Anmeldung des Punktes durch den Runden Tisch Schölerberg. Sie berichtet, dass gemeinsam mit dem Zoo ein Ortstermin durchgeführt worden sei. Sie legt dar, dass die Sorge bestehe, dass für das geplante Vorhaben Bäume gefällt werden müssen. Des Weiteren betont sie, dass die vorhandenen Spazierwege nicht weiter reduziert oder eingeschränkt werden sollen. Es gebe die Befürchtung, dass die vorhandenen Wanderwege als Zugangswege für Fahrzeuge genutzt werden könnten und dadurch unattraktiv für Fußgänger würden. Im Zuge der Einrichtung des Themenbereiches „Takamanda“ habe es bereits eine ähnliche Entwicklung gegeben. Die vorher in dem Bereich vorhandenen Wanderwege seien mittlerweile unattraktiv für Fußgänger. Die Wege seien in einem schlechten Zustand und wurden weiter in Richtung der Autobahn verlegt. Außerdem gebe es freie Sicht auf die Wirtschaftswege und Betriebsanlagen des Zoos.

Sie bittet darum, dass die Verwaltung bei der Prüfung von Vorhaben des Zoos auch die Interessen der Bürger des Stadtteiles beachtet, für die der Schölerbergwald ein wichtiges Naherholungsgebiet ist.

Sie legt dar, dass der Bereich vom Affenhaus bis hin zur Landwirtschaftskammer einem dauerhaften Baufeld gleiche, mit zum Teil drei Meter hohen Betonwänden. Sie regt an im Bereich der Spazierwege, die um den Zoo herum führen, einen begrünten Sichtschutz anzulegen, um die direkte Sicht auf die Betriebsanlagen einzuschränken. Sie betont abschließend, dass Umbaumaßnahmen im Zoo nicht grundsätzlich abgelehnt würden. Allerdings sollen die Interessen der Bürger bei den Planungen berücksichtigt werden. Diese würden den Schölerbergwald auch weiterhin als Naherholungsgebiet nutzen wollen.

Frau Jabs-Kiesler erklärt, dass bei dem Thema eine Interessenkollision vorliege. Sie legt dar, dass einerseits der Zoo einen hohen Stellenwert für die Stadt habe, aber andererseits der Schölerberg auch ein wichtiger Umweltbereich sei, welcher geschützt werden müsse. Sie sei jedoch zuversichtlich, dass eine Kompromisslösung erreicht werden könne. Die Erhaltung des Gehweges im Bereich Takamanda sei seinerzeit bewusst vereinbart worden. Der Wunsch, den Weg attraktiver zu gestalten, sei nachvollziehbar.

Frau Budke legt dar, dass auch die Errichtung des Wasserhochbehälters eine starke Einschränkung für den Schölerberg als Naherholungsgebiet bedeute. Im Zusammenhang mit der Errichtung seien viele Bäume gefällt worden.

Frau Jabs-Kiesler regt abschließend an, den Zoo darum zu bitten, die Planungen im Bürgerforum vorzustellen, sobald diese vorliegen.

2 b) Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Tempo 30 – Zone in der Ameldungstraße

Herr Keitemeier weist auf Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Ameldungstraße hin. Er erkundigt sich, ob nach der Schließung der Käthe-Kollwitz-Schule mit einer Aufhebung der Tempo 30 – Regelung zu rechnen sei und regt Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an.

Frau Rzycki trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Sie erläutert, dass auf Mitteilung des Fachbereichs Bildung, Schule und Sport die Käthe-Kollwitz-Schule an der Hanns-Braun-Straße, wie auch die dorthin ausgelagerten Bereiche der Realschule Eversburg und der

Hauptschule Eversburg zum 31.07.2015 aufgelöst worden seien. Damit entfalle der Grund für das Streckengebot 30 km/h im Bereich der Ameldungstraße in Höhe der ehemaligen Schule und werde nunmehr entfernt. Sie legt dar, dass Beschränkungen der Geschwindigkeit nur aus Gründen der Verkehrssicherheit, wie z. B. vor Schulen, Kindergärten oder Spielplätzen, des Lärmschutzes oder der Luftreinhaltung möglich seien. Vom Charakter der Straße her handele es sich sowohl bei der Ameldungstraße als auch bei der Voxtruper Straße um Hauptverkehrsstraßen, so dass eine Rechts-vor-Links-Regelung wie auch eine generelle Tempobegrenzung auf 30 km/h nicht zulässig seien. Zudem befindet sich eine Buslinie auf diesem Streckenbereich.

Sie erklärt, dass das Streckengebot 30 km/h auf der Voxtruper Straße in Höhe der Kirche Heilige Familie davon unberührt bleibe, hier würden auch weiterhin regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie eine Anwohnerin der Ameldungstraße sei. Sie erklärt, dass die Straße ihrer Ansicht nach keine Hauptverkehrsstraße sei. An beiden Seiten seien Parkstreifen vorhanden. Sie berichtet, dass Autofahrer regelmäßig über den Bürgersteig fahren, um entgegenkommenden Fahrzeugen auszuweichen. Dies stelle eine erhebliche Gefährdung von Fußgängern dar. Sie weist darauf hin, dass in der Straße viele Menschen wohnen, insbesondere auch ältere Menschen und Kinder. Hinzu komme, dass wiederholt Autos der Anwohner beschädigt würden, weil Verkehrsteilnehmer im Begegnungsverkehr ausweichen müssen. Die beschriebene Situation gelte auch für die Straße Pattbreite.

Sie legt dar, dass Polizeikontrollen keine dauerhafte Lösung darstellen würden, sondern nur eine temporäre Wirkung hätten. Sie regt an, zu prüfen, ob Holzpoller auf den Gehwegen aufgestellt werden können, um zu unterbinden, dass auf die Gehwege gefahren wird.

Ein Bürger erklärt, dass das Thema nun schon das dritte Mal für das Bürgerforum angemeldet worden sei. In der Straße wurden in diesem Zusammenhang Geschwindigkeitsmessungen mit dem Seitenradar durchgeführt. Im Ergebnis würden viele Pkws in der Straße zu schnell fahren. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sei eine zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gefährlich. Er weist außerdem auf die in dem Bereich vorhandene Berufsschule hin.

Frau Rzycki legt dar, dass die Einordnung von Straßen nach festen Kriterien erfolgt. Berufsschulen würden in der Regel nicht als Grund für die Einrichtung eines Tempo-30 Streckengebotes angesehen. Sie erläutert, dass Berufsschüler oftmals schon selbst mit dem Auto zur Schule fahren. Sie betont, dass es für die Einordnung von Straßen und die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen feste rechtliche Vorgaben gebe, die nicht umgangen werden können.

Sie erklärt, dass es ein großes Problem sei, dass geltende Regelungen von einigen Verkehrsteilnehmern ignoriert würden. Verkehrskontrollen hätten hierbei in der Regel nur temporäre Auswirkungen. Sie legt dar, dass geprüft werden müsse, wie ein Überfahren des Bürgersteiges in der genannten Straße unterbunden werden könne.

Ein Bürger kritisiert, dass im Bürgerforum bereits drei Mal auf die vorhandenen Probleme hingewiesen worden sei und bisher noch nichts unternommen worden sei.

Frau Jabs-Kiesler legt dar, dass die genannten Probleme in allen Bürgerforen ein regelmäßiges Thema seien. Es sei jedoch nicht möglich, überall Kontrollen durchzuführen. Sie erläutert, dass die am Seitenstreifen parkenden Pkw zu einer Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten beitragen würden. In einigen vergleichbaren Straßen würden aus diesem Grund bewusst Pkws am Seitenstreifen geparkt.

Herr Schulte legt dar, dass die Busse vorwiegend über Tempo-50 Strecken geführt werden sollen und auf den Strecken der Busse möglichst nur punktuell Tempo-30 Strecken ausgewiesen sein sollten. Er erklärt, dass es für Busse einen erheblich höheren Aufwand bedeute, zu beschleunigen oder abzubremesen als für normale Pkw. Deshalb sollten auf den Busrouten auch möglichst keine Rechts-vor-links Regelungen gelten.

Er erläutert, dass die in der Ameldungstraße vorhandene Situation auch für die Busse nicht optimal sei. Wenn es beispielsweise Gegenverkehr gebe, müssten die Busse weiterfahren, da sie keine Möglichkeit haben, zwischen die parkenden Autos einzuscheren. Es solle deshalb in Absprache mit der Stadt noch mal geprüft werden, ob die vorliegende Situation optimiert werden könne.

Herr Bergmann erklärt, dass Osnabrück eine autofreundliche Stadt sei. Es sei allerdings wichtig, auch den Fußgängern eine höhere Priorität zukommen zu lassen und nicht alles nach den Bedürfnissen der Autofahrer auszurichten. Er spricht sich für die Festlegung eines Tempo-30 Gebotes in der Ameldungstraße aus. Dies würde eine deutlich geringere Einschränkung für die Busse bedeuten als die dort parkenden Pkw.

Frau Jabs-Kiesler erklärt, dass geprüft werden solle, ob die in der Straße geltende Parkregelung verbessert werden könne. Sie betont allerdings, dass in Osnabrück viel unternommen werde, um die Situation von Fußgängern und Radfahrern zu verbessern. Es sei das Ziel, die Anzahl der Autos in der Stadt zu reduzieren. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, ein Umdenken bei den Menschen zu erreichen. Es könne in einer Stadt nicht der Anspruch bestehen, mit dem Auto direkt vor dem Zielort zu parken.

Eine Bürgerin betont, dass die Anwohner der Ameldungsstraße auf die in der Straße vorhandenen Parkstreifen angewiesen seien. Sie erklärt, dass Fußgänger und Radfahrer in vielen Bereichen der Stadt gegenüber Autofahrern benachteiligt seien.

Frau Jabs-Kiesler und Frau Rzycki erklären, dass bereits viel unternommen werde, um die Situation für Radfahrer und Fußgänger im Stadtgebiet zu verbessern.

Eine Bürgerin betont abschließend, dass in der Ameldungstraße oftmals zu hohe Geschwindigkeiten gefahren werden. Es müsse etwas dagegen unternommen werden, dass Autofahrer den Bürgersteig überfahren. Dies stelle eine erhebliche Gefährdung der Fußgänger dar. Eine einfache Maßnahme wäre unter Umständen die Aufstellung von Pollern auf dem Bürgersteig.

2 c) Am Huxmühlenbach: Lärmbelastungen, Straßenschäden und weitere Entwicklung auf dem Gelände ehemals Allkauf

Frau Bührmann weist auf verschiedene Punkte in der Straße „Am Huxmühlenbach“ hin. Sie weist auf Lärmbelastungen und Straßenschäden in der Straße hin und erkundigt sich nach den Planungen für das Grundstück ehemals Allkauf.

Frau Jabs-Kiesler berichtet, dass für die Straße Am Huxmühlenbach (Abschnitt Doppheide-Heimkehrerweg) von Seiten der OSB-Straßenunterhaltung eine Deckensanierung vorgesehen ist. Die Maßnahme sei in Abhängigkeit mit den Straßenbauarbeiten Piärkamp sowie den Abrissarbeiten Am Huxmühlenbach 1 zu koordinieren. Eine Ausführung sei für den Herbst 2015 vorgesehen.

Frau Jabs-Kiesler bittet darum, einen genaueren Termin zu Protokoll zu geben.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Die Ausführung der Straßenbauarbeiten wird voraussichtlich noch im Oktober beginnen.

Sie berichtet des Weiteren, dass der Verwaltung zu einer möglichen Nachnutzung des Grundstückes ehemals Allkauf keine Informationen vorliegen würden.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob im Rahmen der Sanierung der Straße die Anwohner an den Kosten beteiligt werden.

Frau Rzyski bittet darum, die Beantwortung der Frage zu Protokoll zu geben.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Es handelt sich um die geplanten Maßnahmen in der Straße Am Huxmühlenbach um Deckensanierungsarbeiten. Für diese Maßnahmen findet keine finanzielle Beteiligung der Anlieger an den Kosten statt.

Ein Bürger erläutert, dass in der Straße Kabel verlegt worden seien. Es seien in diesem Zusammenhang „Huckel“ auf der Straße verblieben. Er bittet darum, die Stellen auszugleichen. Insbesondere nachts sei es sehr lau, wenn Lkw die unebenen Stellen passieren.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, wann genau die Sanierung der Straße vorgenommen werden soll. Er weist darauf hin, dass in dem Bereich der Straße, welcher parallel zum Heimkehrerweg verläuft, Löcher vorhanden sind.

Herr Schulte erklärt, dass die Arbeiten im Piärkamp nach dem aktuellen Sachstand bis Anfang Oktober abgeschlossen werden sollen. Im Anschluss daran sollen die Sanierungsmaßnahmen in der Straße Am Huxmühlenbach vorgenommen werden.

Eine Bürgerin berichtet, dass der Lkw-Verkehr in der Straße Am Huxmühlenbach stark zugenommen habe. Sie hat über einen Zeitraum die durch die Straße fahrenden Lkw gezählt und eine Liste angefertigt. Sie gibt diese Liste an die Sitzungsleitung weiter.

Ein weiterer Bürger merkt an, dass einige Lkw zum Teil schon ab 05:00 Uhr morgens durch die Straße fahren.

Frau Rzyski trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum Thema Lärmbelastungen in der Straße Am Huxmühlenbach vor. Sie legt dar, dass sich Anwohner aus dem Bereich Heimkehrersiedlung / Am Huxmühlenbach über die zunehmenden Beeinträchtigungen durch den Gewerbelärm sowie durch den Lkw-Verkehr der Firma Egerland beschwert hatten. Daraufhin wurde das zuständige staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Osnabrück eingebunden, das auch im Kontakt mit den betroffenen Beschwerdeführern und den Firmen steht. Die laufenden Prüfungen zum Lärmschutz sind abgeschlossen und entsprechende Konzepte zum Lärmschutz liegen vor und befinden sich in der Umsetzungsphase. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Beschwerdeführer direkt über den entsprechenden Sachstand informiert.

Bei der Beschwerde über die Lärmbelästigungen durch den Lkw-Verkehr zu dem Firmenstandort von VW handele es sich um eine neue Sachlage, die zunächst geprüft werden müsse.

Eine Bürgerin bestätigt, dass das Gewerbeaufsichtsamt mit den Beschwerdeführern Kontakt aufgenommen habe. Sie legt dar, dass vom staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Messungen durchgeführt worden seien. Im Ergebnis seien die gemessenen Lärmbelastungen in dem Bereich deutlich zu hoch gewesen. Allerdings liege eine Gemengelage vor, da die Lärmbelastungen nicht von einem Betrieb alleine verursacht würden. Sie erläutert, dass zu befürchten sei, dass die Gesamtlautstärke durch eine zukünftige, gewerbliche Nutzung des ehemaligen Allkaufstandortes noch weiter zunehmen werde. Dies sei für die Anwohner ein unhaltbarer Zustand.

Eine Bürgerin legt dar, dass die Firma Egerland eigene Messungen zu den vorhandenen Lärmbelastungen durchführen und die Ergebnisse vorlegen wollte.

Frau Rzyski bittet darum, zu Protokoll darzustellen, wie der aktuelle Sachstand ist und welche Maßnahmen zum Lärmschutz vom staatlichen Gewerbeaufsichtsamt vorgesehen sind.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Derzeit wird die Errichtung einer Lärmschutzwand geprüft, um die Lärmemissionen zu vermindern.

Eine Bürgerin erläutert, dass der in der Straße vorhandene Fahrradweg im Verlauf der Straße aufhöre und Kinder, welche die Straße mit dem Fahrrad nutzen wollen, auf gleicher Höhe mit den Lkws fahren müssten. Dieser Zustand sei sehr gefährlich.

Ein Bürger berichtet, dass seinerzeit das Freibad Wellmannsbrücke unter anderem auch deswegen geschlossen worden sei, um der Firma Egerland zu ermöglichen, Baumaßnahmen vorzunehmen. Es sei seinerzeit vereinbart worden, dass auch die rückwärtige Ausfahrt von dem Betriebsgelände genutzt werden solle, um die Verkehrsbelastungen zu verteilen. Seit einiger Zeit würden die Fahrzeuge die rückwärtige Zufahrt jedoch nicht mehr nutzen, sodass der gesamte Verkehr über die Straße Am Huxmühlenbach fahre.

Frau Jabs-Kiesler erläutert, dass die seinerzeitige Schließung des Freibades Wellmannsbrücke im Rahmen des Bäderkonzeptes beschlossen worden sei. Ziel dieses Konzeptes sei es gewesen, durch die Schließung von Bädern und die Übertragung des Betriebes der restlichen Bäder auf die Stadtwerke, den dauerhaften Betrieb der drei heute vorhandenen Schwimmbäder zu sichern. Durch die seinerzeit umstrittene Entscheidung sei Osnabrück im Bereich der Schwimmbäder im Vergleich zu vielen anderen Städten gut aufgestellt.

Eine Bürgerin berichtet, dass die Verladung der Lkw oftmals bei laufenden Motoren durchgeführt werde, was zu weiteren Lärmbelastungen führe.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass Lkws sonntags zum Teil schon um 20:00 Uhr auf das Betriebsgelände der Firma Egerland fahren würden.

2 d) Fahrpreiserhöhungen für Stadtbusse zum nächsten Fahrplanwechsel

Herr Demircioglu vom VCD Osnabrück erkundigt sich nach der geplanten Entwicklung der Fahrpreise zum nächsten Jahr.

Herr Keck erläutert die Anfrage. Es wird gefragt, ob für 2016 Fahrpreiserhöhungen vorgesehen seien. Anhand einer Tabelle stellt er die Entwicklung der Dieselpreise dar und setzt diese ins Verhältnis zu der Fahrpreisentwicklung für die Nutzung der Busse in Osnabrück. Er setzt die Preise für einen Einzelfahrschein in Osnabrück ins Verhältnis zu dem Preis in Hannover. Er legt dar, dass die Preise auf gleichem Niveau seien, obwohl das Angebot in Hannover im Bereich des ÖPNV größer sei.

Er erläutert, dass die Preise für die Nutzung des ÖPNV in Relation zu den Preisen für die Nutzung von privaten Pkw gesehen werden müsse. Damit die Nutzung des ÖPNV attraktiv sein könne, dürfe der ÖPNV nicht teurer sein als die Vollkosten für die Nutzung des privaten Pkw.

Herr Schulte trägt die Stellungnahme der Stadtwerke Osnabrück AG vor:

Zum Verfahren bei der VOS:

Es gelten weiterhin die Aussagen, die Herr Otte im Bürgerforum Fledder, Schölerberg am 17.09.2014 geäußert hatte.

Grundsätzlich werden Fahrpreisanpassungen mit den Partnern der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) abgestimmt und für die gesamte Verkehrsgemeinschaft beantragt. Die Anpassungen müssen von der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) genehmigt werden. Dieses geschieht nach dortiger eingehender Prüfung. Die nächsten Anpassungen befinden sich zurzeit in Planung und Abstimmung.

Zur Bedeutung des Dieselpreises für die Tarifgestaltung:

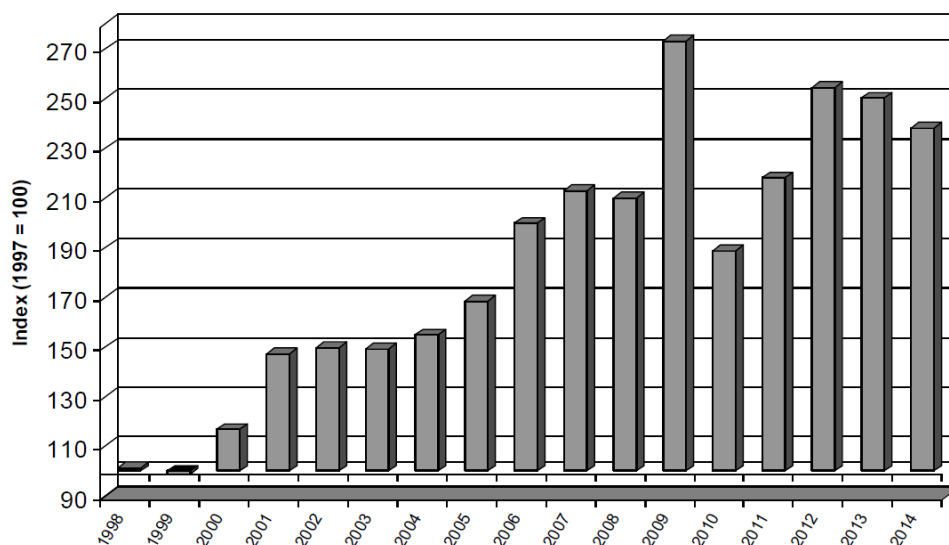
Bereits Herr Otte hatte im Bürgerforum Fledder, Schölerberg am 17.09.2014 darauf hingewiesen, dass der Dieselpreis nur einer von vielen Kostenfaktoren ist und nicht der maßgebliche. Auch diese Aussage gilt weiterhin.

In Anteilen ausgedrückt bedeutet das: Die Kosten für das Fahrpersonal haben einen Anteil von etwa 55% an den Gesamtkosten, die Busse selbst von etwa 20%. Der Dieselmotorkraftstoff hingegen nur einen Anteil von etwa 10%.

Hieraus bereits abzulesen ist, dass die Tarifgestaltung sicherlich auch die Preisentwicklung beim Diesel berücksichtigen muss – aber eben nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil.

Die Entwicklung der Kosten für Dieselkraftstoff

gemäß amtlicher Indizes des Bundesamtes für Statistik



Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass sich der Dieselpreis tendenziell nach oben bewegt. Zwar sind seit dem Jahr 2012 günstige Entwicklungen zu erkennen – aber auf einem dennoch hohen Niveau. Das folgende Bild zeigt, dass der Dieselpreis seit 1998 deutlich gestiegen ist. Teilweise deutliche Schwankungen von Jahr zu Jahr sind zwar vorhanden, die Tendenz bleibt dennoch eindeutig. Ein konkreter Wert hierzu: Bezogen auf die letzten 15 Jahre stieg der Dieselpreis im Durchschnitt um 6,13 % pro Jahr.

Ein Absinken der Dieselpreise in den Jahren 2013/2014 konnte deswegen nicht eine Anhebung der Fahrpreise im Busverkehr verhindern, weil weitere Kostenfaktoren deutlich dagegensprachen.

Fahrpreishöhe im Vergleich zu anderen Städten, z. B. Hannover:

Die Höhe der Fahrpreise basiert grundsätzlich auf einem Vergleich der vorhandenen Kosten und der zu erwartenden Einnahme. Hinzu kommt eine bestimmte Strategie im Hinblick auf Kundenbindung und auf ein attraktives Fahrkartensortiment. Auf diesen letzteren Punkt wird im Weiteren noch näher eingegangen.

Zunächst aber zum Vergleich mit anderen Städten: Dieser spielt bei der Festlegung der Fahrpreise keine Rolle. Die Kostenstruktur und –höhe der Üstra in Hannover sowie der Umgang in Hannover mit verbleibendem Einnahmedefizit ist uns nicht bekannt. Er kann für Osnabrück aber auch nicht von Bedeutung sein. Bemessungsbasis für die Tarifhöhe kann immer nur die jeweils örtliche Situation sein, nicht die anderer Städte.

Abschließend zum Thema Kundenstrategie:

Der VCD spricht bei seinem Vergleich der Fahrpreise nur den Einzelfahrschein und die Tageskarte an. Dieser Vergleich ist zu kurz gegriffen!

Den Stadtwerken ist es wichtig, besonders denjenigen Kunden, die öfter mit dem Bus unterwegs sein wollen, attraktive Fahrkarten zu attraktiven Preisen anzubieten. Diese Zielrichtung verfolgen andere Städte und Regionen auch, aber häufig in geringerem Maße. Dementsprechend sind die Preise für Monatskarten, v. a. für das Umweltabo, in Osnabrück und der gesamten VOS ausgesprochen günstig. Dieses fällt umso mehr auf, wenn man tatsächlich einen Vergleich mit anderen Städten bzw. Regionen zieht. So fällt z. B. auf, dass den Buskunden in Hannover ein deutlich teureres Abo angeboten wird. Genau dieses haben die Stadtwerke Osnabrück nicht vor. Stattdessen setzen wir auf Weiterentwicklungen des Abos wie z.B. die Mobilkarte, die weitere Nutzungsmöglichkeiten in einer multimodalen Mobilität eröffnet.

Frau Jabs-Kiesler nimmt Bezug auf die Tabelle über die Fahrpreise in Osnabrück im Vergleich zu anderen Städten, die über einen Beamer vorgestellt wird (siehe unten). Sie legt dar, dass es in Osnabrück im Vergleich mit den anderen genannten Städten das günstigste Monatsabonnement gebe. Dies könne als ein Beitrag, angesehen werden, um Menschen zu überzeugen, von anderen Verkehrsmitteln auf die Nutzung des ÖPNV umzusteigen.



Vergleich Busfahrpreise

Fahrpreise Stand: September 2015

| Stadt | Einzelfahrschein | | Mehrfahrtenkarte pro Fahrt | Tageskarte | Monatskarte pro Monat | Abo pro Monat | Schülerkarte pro Monat | Tarif Stand: |
|-----------------------|------------------|---------------|--|---------------------------------|--------------------------|------------------|---------------------------|-------------------|
| | Erwachsene | Kinder | | | | | | |
| Bremen | 2,60 € | 1,40 € | 2,35 € <small>4er-Karte</small> | 7,50 € | 60,00 € | 49,50 € | 44,00 € | 01.01.2015 |
| Bielefeld | 2,40 € | 1,50 € | 2,05 € <small>4er-Karte</small> | 5,60 € <small>3 Utr</small> | 75,00 € | 54,50 € | 52,00 € | 01.08.2015 |
| Münster | 2,90 € | 1,40 € | 2,90 € <small>4er-Karte</small> | 6,00 € <small>3 Utr</small> | 72,90 € | 45,00 € | 47,80 € | 01.08.2015 |
| Hamm | 2,60 € | 1,45 € | 2,35 € <small>4er-Karte</small> | 4,30 € <small>3 Utr</small> | 64,10 € | 51,28 € | 49,90 € | 01.08.2015 |
| Oldenburg | 2,30 € | 1,20 € | 1,95 € <small>4er-Karte</small> | 6,50 € | 52,30 € | 41,80 € | 39,30 € | 01.01.2015 |
| Wilhelmshaven | 2,20 € | 1,10 € | 1,80 € <small>4er-Karte</small> | 5,60 € <small>24 Std</small> | 50,50 € | 47,00 € | 38,00 € | 01.01.2015 |
| Karlsruhe | 2,30 € | 1,30 € | 2,28 € <small>4er-Karte</small> | 6,00 € | 56,00 € | 48,50 € | 45,50 € | 14.12.2014 |
| Freiburg | 2,20 € | 1,30 € | 1,93 € <small>6er-Karte</small> | 5,60 € | 54,00 € | 47,30 € | 38,50 € | 01.08.2015 |
| Saarbrücken | 2,50 € | 1,90 € | - | 5,50 € | 59,50 € | 49,58 € | 44,70 € | 01.01.2015 |
| Mönchengladbach | 2,60 € | 1,60 € | 2,40 € <small>4er-Karte</small> | 6,60 € | 68,60 € | 60,03 € | 52,20 € | 01.01.2015 |
| Hannover | 2,60 € | 1,30 € | 2,33 € <small>6er-Karte</small> | 5,00 € | 58,40 € | 49,60 € | 43,60 € | 01.01.2015 |
| Braunschweig | 2,30 € | 1,40 € | 1,90 € <small>10er-Karte</small> | 5,00 € | 63,20 € | 53,70 € | 47,40 € | 01.02.2015 |
| Lübeck | 2,50 € | 1,50 € | 2,23 € <small>6er-Karte</small> | 8,00 € | 58,50 € | 48,75 € | 45,50 € | 01.08.2015 |
| Kassel | 2,80 € | 1,50 € | 2,60 € <small>6er-Karte</small> | 7,00 € | 73,50 € | 61,25 € | 43,50 € | 14.12.2014 |
| Osnabrück | 2,60 € | 1,30 € | 2,08 € <small>6er-Karte</small> | 5,10 € | 53,00 € | 41,10 € | 39,80 € | 01.01.2015 |
| arithm. Mittel | 2,49 € | 1,41 € | 2,22 € | 5,95 € | 61,30 € | 49,93 € | 44,78 € | |
| Median | 2,50 € | 1,40 € | 2,26 € | 5,60 € | 59,50 € | 49,50 € | 44,70 € | |

Herr Bergmann merkt an, dass er als Nutzer des Umweltabonnements alle Busse nutzen möchte. Er spricht das bereits im Bürgerforum diskutierte Thema des Stadtteilbusses Berningshöhe und der Anbindung der Bushaltestelle Lutherkirche an. Zum Teil säßen in dem Stadtteilbus nur wenige Fahrgäste, aber es sei dennoch kein Zustieg an der Bushaltestelle Lutherkirche gestattet, sodass man auf den nächsten regulären Bus warten müsse.

Herr Schulte verweist auf die bereits im Bürgerforum dargelegten Ausführungen. Der Stadtteilbus Berningshöhe sei ein Ausgleichsangebot für Bürger aus dem Bereich Berningshöhe, die ansonsten nur unzureichend durch den ÖPNV angebunden wären. Für die Haltestellen auf der Strecke zwischen Neumarkt und Berningshöhe sei lediglich ein Ausstieg vorgesehen, wenn Fahrgäste dies wünschen würden. Die Anbindung der Haltestelle Lutherkirche werde durch die regulären Buslinien gewährleistet. Er erläutert, dass diskutiert werden könne, ob die Anbindung der Haltestelle in den frühen Morgenstunden ausreichend sei.

Er legt dar, dass die Stadtwerke unter anderem bemüht seien, für die sogenannten X-Busse, aus dem Umland von Osnabrück kommen, die Bedienung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet zu erreichen. Dies gestalte sich allerdings als schwierig.

Ein Bürger hinterfragt die Kostenstruktur der Stadtwerke und die Fahrpreise. Letztendlich müsse jeder selbst entscheiden, ob die Nutzung des ÖPNV preiswert sei.

Herr Keck legt dar, dass bei einem Vergleich der Monatsabonnements, zum Beispiel mit der Stadt Bremen, beachtet werden müsse, dass es für die Nutzung des ÖPNV in Bremen ein größeres Einzugsgebiet und eine Straßenbahn gebe. Um einen direkten Vergleich zu ermöglichen, müsste das Monatsabonnement für die Region Osnabrück inklusive Umland gelten.

Frau Rzycki betont nachdrücklich, dass es nicht zielführend sei, eine Grundsatzdiskussion über den öffentlichen Nahverkehr im Bürgerforum zu führen. Die Grundidee der Bürgerforen sei es, dass die Bürger Anliegen und Anfragen vortragen können, die ihren Stadtteil betreffen. Fragen zum öffentlichen Nahverkehr sollten in den dafür vorhandenen Gremien diskutiert werden.

2 e) Rückstau an der Meller Straße

Frau Budke weist darauf hin, dass es für den Verkehr auf der Meller Straße in stadtauswärtiger Richtung regelmäßig zu Rückstauungen kommt. Die Rückstauungen beginnen in etwa ab Höhe Rosenplatz. Sie erkundigt sich, wie es zu dieser Entwicklung kommt und ob diese nach Einschätzung der Verwaltung zeitlich befristet oder dauerhaft ist.

Frau Rzycki trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor: Der Verwaltung ist bekannt, dass es auf der Meller Straße in Richtung Rosenplatz in den verkehrsstarken Zeiten Rückstau gibt. Dies allerdings überwiegend nur bis in Höhe der Einmündung Klöntrupstraße. Diese Situation entsteht durch erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Meller Straße, da durch die baustellenbedingte Sperrung Am Riedenbach von Miquelstraße bis Meller Straße die Verbindung von der Meller Straße zur Iburger Straße unterbrochen ist. Diese Situation wird aufgrund des den Versorgungsarbeiten nachfolgenden Straßenbaues in der Miquelstraße und Am Riedenbach noch bis voraussichtlich Ende 2016 bestehen bleiben.

Frau Budke berichtet, dass es sich bei den Staubildungen in dem genannten Bereich der Meller Straße mittlerweile um eine verfestigte Situation handle, welche auch vormittags auftrete. Sie legt dar, dass es zumindest positiv zu bewerten sei, dass es sich um eine temporär begrenzte Ursache handle. Allerdings sei die Situation insbesondere für Fahrradfahrer schwierig.

Herr Bergmann erläutert, dass die Verkehrssituation in der Meller Straße mit der Verkehrsführung in der Hannoverschen Straße in Zusammenhang stehe. Viele Autofahrer würden über die Meller Straße in die Stadt fahren, weil auf dieser weniger Ampeln vorhanden seien. Er regt an, zu prüfen, ob die Situation in der Meller Straße unter Umständen durch die Einführung einer grünen Welle für die Ampeln in der Hannoverschen Straße verbessert werden könne. Die Autofahrer würden in der Regel schnell merken, über welche Strecke sie ihr Ziel am schnellsten erreichen können.

Frau Jabs-Kiesler erläutert abschließend, dass der zunehmende Verkehr in allen Stadtteilen ein Thema sei.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Für diesen Tagesordnungspunkt wurden für die Sitzung keine Themen angemeldet.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Rückschnitt von Grünbewuchs am Bolzplatz in der Neelmeyerstraße

Frau Budke erklärt, dass sie die Anfrage eines Bürgers weitergebe, der sie angesprochen habe. Sie legt dar, dass Büsche im rückwärtigen Bereich der Bolzfläche an der Neelmeyerstraße in die Gärten der Anwohner hineinwachsen. Nach Aussage des Bürgers sei der Bereich sehr zugewachsen. Sie legt dar, dass der Hinweis auf die Situation bereits an den Osnabrücker ServiceBetrieb und mit einem Brief an den Oberbürgermeister weitergeleitet worden sei. Gerade ältere Mitbürger seien zum Teil darauf angewiesen, dass sie getätigte Anfragen nicht wiederholen müssen.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Durch Mitarbeiter des Osnabrücker ServiceBetriebes wurde mittlerweile ein Rückschnitt der Büsche im Bereich zu den angrenzenden Grundstücken vorgenommen. Es ist außerdem ein Rückschnitt der überhängenden Äste der in dem Bereich vorhandenen Bäume vorgesehen.

Ein Bürger weist auf das EreignisMeldeSystem der Stadt Osnabrück (EMSOS)¹ hin. Er erklärt, dass er diesen Service einige Male genutzt habe und gute Erfahrungen gemacht habe. Die Reaktionszeiten seien sehr kurz. In der Regel würden Fehlermeldungen innerhalb weniger Tage geprüft und die gemeldeten Probleme dann oftmals auch direkt beseitigt.

4 b) Sachstand Käthe-Kollwitz-Schule

Ein Bürger erkundigt sich nach den weiteren Planungen für den Standort der Käthe-Kollwitz-Schule. Er möchte insbesondere wissen, wie der Stand der Planungen für einen Ersatz der dort vorhandenen Sporthalle ist.

Frau Rzycki legt dar, dass die Sporthalle bis auf weiteres genutzt werden könne. Ein zwischenzeitlicher Wasserschaden in der Sporthalle sei behoben worden. Die Gebäude der Käthe-Kollwitz-Schule werden voraussichtlich bis 2018 oder 2019 durch das Theater genutzt. Solange das Theater auf die Nutzung der dort vorhandenen Gebäude angewiesen sei, werde auch die an dem Standort vorhandene Sporthalle weiter erhalten bleiben. Sie erklärt, dass der Verwaltung die Bedeutung des Themas bekannt sei. Derzeit gebe es jedoch keinen neuen Sachstand. Sie betont, dass die Verwaltung mit dem Runden Tisch Schölerberg in Kontakt stehe.

¹ Das EreignisMeldeSystem der Stadt Osnabrück (EMSOS) ist unter folgendem Link erreichbar: www.geo.osnabrueck.de/emsos

Ergänzung der Verwaltung zum Protokoll:

Aufgrund aktueller Entwicklungen, die den Standort der Käthe-Kollwitz-Schule betreffen, wird am 05.11.2015 eine außerplanmäßige Sondersitzung des Bürgerforums Fledder, Schölerberg stattfinden. Die Sitzung findet statt um 19:30 Uhr in der Aula der Käthe-Kollwitz-Schule (Hanns-Braun-Straße 2). Eingang über die Schölerbergstraße.

4 c) Beschädigte Sitzgelegenheit am Rosenplatz

Ein Bürger weist darauf hin, dass eine der neuen Sitzgelegenheiten am Rosenplatz beschädigt ist. Ein Brett ist abgebrochen.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Die Situation ist der Verwaltung bekannt. Derzeit wird eine Lösung entwickelt, durch die gewährleistet werden soll, dass eventuell auftretende Schäden an den Podesten in Zukunft möglichst zeitnah behoben werden können.

4 d) Verbindungsweg zwischen Meller Straße und Bozener Straße: Rückschnitt Grünbewuchs und fehlende Beleuchtung

Ein Bürger weist darauf hin, dass Büsche in den Verbindungsweg zwischen Meller Straße und Bozener Straße hineinwachsen. Er bittet um einen Rückschnitt der Büsche.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Die genannten Büsche in dem Verbindungsweg befinden sich auf Privatgrundstücken. Deshalb kann ein Rückschnitt durch den Osnabrücker ServiceBetrieb nicht ohne weiteres erfolgen.

Außerdem berichtet er, dass es an dem Verbindungsweg keine Beleuchtung gebe. Dies führe dazu, dass der Weg von einigen Anwohnern abends und nachts nicht genutzt werden könne. Er erklärt, dass das Thema bereits mehrfach angesprochen worden sei.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Das Thema „Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Meller Straße und Bozener Straße“ wurde in den Sitzungen des Bürgerforums² am 07.05.2014 (unter Punkt 2g) und am 17.09.2014 (unter Punkt 1b) sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt³ am 18.09.2015 (unter Punkt 7.1) behandelt. Wie berichtet wurde, werden Verbindungswege im Stadtgebiet, die keine Erschließungsfunktion wahrnehmen, in der Regel nicht beleuchtet. Dieses trifft auch auf den hier angesprochenen Verbindungsweg zu.

4 e) Bauarbeiten im Bereich zwischen Wartenbergstraße, Am Galgesch und Ertmanplatz

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Zeitplan der Bauarbeiten zwischen der Straße Am Galgesch und Ertmanplatz. Ursprünglich sollten die Arbeiten in diesem Bereich nach Beendigung der Arbeiten im Abschnitt zwischen Wartenbergstraße und der Straße Am Galgesch beginnen. Er erkundigt sich, ob sich an diesem Zeitplan etwas geändert habe.

Herr Schulte erklärt, dass die Kanalbauarbeiten im Bereich zwischen der Wartenbergstraße und der Straße Am Galgesch abgeschlossen seien. Im Anschluss sollen die Straßenbauarbeiten in diesem Bereich erfolgen. Diese sollen voraussichtlich Ende 2015 abgeschlossen werden. Er bittet darum, weitere mögliche Bauarbeiten zu Protokoll zu geben, da ihm hierzu keine Informationen vorliegen.

² Die Protokolle über die Sitzungen der Bürgerforen sind einsehbar unter dem folgendem Link: osnabrueck.de/buergerforen

³ Die Protokolle über die Sitzungen der Ratsausschüsse sind einsehbar im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter folgendem Link: ris.osnabrueck.de/bi

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Es gab ursprünglich Planungen, direkt im Anschluss an die Bauarbeiten im Bereich zwischen Wartenbergstraße und Am Galgesch weitere Baumaßnahmen zwischen Am Galgesch und Ertmanplatz durchzuführen. Diese sind zwischenzeitlich verschoben worden. In dem Abschnitt zwischen Am Galgesch und Ertmanplatz sind im Jahr 2016 keine Baumaßnahmen geplant. Im Jahr 2017 sollen in dem Bereich Baumaßnahmen zur Kanalerneuerung durchgeführt werden.

4 f) Verlegung der Autobahnbedarfsumleitung aus der Miquelstraße

Herr Bergmann legt dar, dass in den Sitzungen des Bürgerforums mehrfach die Miquelstraße ein wichtiges Thema war. Um die Straße im Rahmen einer Sanierung den Wünschen der Anwohner entsprechend gestalten zu können, sei angestrebt worden, die für diese Straße ausgewiesenen Autobahnbedarfsumleitungen zu verlegen. Trotz wiederholter Bestrebungen sei dies bisher noch nicht vollends möglich gewesen. Die Straße sei noch als eine Autobahnbedarfsumleitung für eine Strecke ausgewiesen. Eine in dem Verfahren genannte Alternative sei die Verlegung der letzten Autobahnbedarfsumleitung über den Harderberg gewesen. Allerdings spreche sich die Stadt Georgsmarienhütte, durch deren Gebiet die Bedarfsumleitung verlaufen würde, dagegen aus.

Er erläutert, dass die abschließende Entscheidung jedoch nicht bei der Stadt Georgsmarienhütte liege, sondern bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV). Deshalb sollte sich die Stadt Osnabrück im Interesse ihrer Bürger bei NLStBV dafür einsetzen, dass eine Verlegung der Autobahnbedarfsumleitung vorgenommen wird.

Frau Rzycki erklärt, dass der Hinweis aufgenommen und weitergeleitet werde.

Frau Jabs-Kiesler dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Fledder, Schölerberg für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Goedecke
Protokollführer

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

| | | |
|---|----------------------|--------------|
| Bericht aus der letzten Sitzung am 18. März 2015 | | TOP 1 |
| Bürgerforum | Sitzungstermin | |
| Fledder, Schölerberg | Mittwoch, 16.09.2015 | |

Die letzte Sitzung des Bürgerforums Fledder, Schölerberg fand statt am 18. März 2015. Die Verwaltung teilt zu den Anfragen und Anregungen Folgendes mit:

1a) Verunreinigungen an der Hanns-Braun-Straße durch Hundekot (TOP 2d aus der letzten Sitzung)

Herr Glaab hatte in der Sitzung berichtet, dass der Gehweg an der Hanns-Braun-Straße regelmäßig durch Hundekot verunreinigt wird. Er hat um die Aufstellung einer Hundestation gebeten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch den Ordnungsaußendienst wurde die Situation in dem Bereich der Hanns-Braun-Straße beobachtet. Die Verunreinigung des Bereiches ist gering, vergleichbar mit einer Vielzahl von Straßen in der Stadt. Auch die Mitarbeiter des OSB, die dort den Gartenabfallplatz betreuen, bestätigen eine geringe Belastung mit Hundekot. Die Aufstellung einer Hundestation ist nicht angezeigt, da hier andere Bereiche mit einer deutlich stärkeren Belastung vorrangig ausgestattet werden sollten.

1b) Aufstellen einer Hundestation (TOP 4f aus der letzten Sitzung)

Herr Mierke hatte in der Sitzung die Anregung des Runden Tisches Schölerberg weitergegeben, in der Nähe des Waldorf-Kindergartens am Fußweg zwischen Jellinghaus-straße / Langenkamp eine Hundestation aufzustellen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Seitens der Verwaltung werden aktuell die Standorte für die letzten noch zur Verfügung stehenden Hundestationen festgelegt. Der Standort in der Nähe des Waldorf-Kindergartens konnte hierbei berücksichtigt werden. Der genaue Termin für die Aufstellung der Stationen muss noch festgelegt werden.

1c) Umbau der Kreuzung Iburger Straße / Miquelstraße / Hauswörmannsweg (TOP 1b aus der letzten Sitzung sowie TOP 2k aus der Sitzung am 17.09.2014)

In den Sitzungen war eine Verkehrsberuhigung gefordert worden. Eine Anregung war, dies durch eine Anpassung der Ampelschaltung für Fußgänger zu gewährleisten.

Stellungnahme der Verwaltung:

In den Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 13. November 2014 und 7. Mai 2015 wurde der Umbau des Knotens Iburger Straße / Miquelstraße / Hauswörmannsweg diskutiert.

Der in der Sitzung am 7. Mai beschlossene Entwurf sieht eine Verbreiterung des Aufstellbereiches in der Zufahrt Hauswörmannsweg unter Inanspruchnahme des vorhandenen Parkstreifens vor, so dass sich nun auf einer Länge von ca. 25 m jeweils zwei Fahrzeuge nebeneinander aufstellen können. Darüber hinaus soll die Vorbeifahrt

der Fahrräder am Kfz-Rückstau über einen Hochbordradweg ermöglicht werden. In den beiden Knotenpunktästen der Iburger Straße soll eine Staffelung der Haltelinien für den Kfz- bzw. den Radverkehr sicherstellen, dass sich bei der Anfahrt die Radfahrer im Sichtfeld von ggf. rechts abbiegenden größeren Kfz befinden.

In der Sitzung wurde auch der Wunsch aus dem Bürgerforum thematisiert, den querenden Fußgängern eine eigene Signalisierungsphase („Alles Rot“ – Schaltung bzw. „Alles Grün“ – Schaltung) anzubieten. Dieses würde allerdings, wie bereits im Bürgerforum berichtet, zu einer deutlichen Verschlechterung der Gesamtsituation führen, da die benötigte Zeit für die Fußgängerquerung vom Zeitfenster für den Individualverkehr abgezogen werden müsste. Dieses würde insbesondere in den morgendlichen bzw. abendlichen Spitzenzeiten zu erheblichen Rückstaubildungen für den Kfz-Verkehr sowie auch zu längeren Wartezeiten für die Fußgänger führen. Aus diesem Grund soll an der bedingt verträglichen Führung der Fußgänger an diesem Knoten festgehalten werden.

1d) Verkehr „An der Huxmühle“ (TOP 1d aus der letzten Sitzung sowie TOP 1a in der Sitzung am 18.03.2015 und TOP 2a in der Sitzung am 07.05.2014)

Nach einer Überprüfung der Straße durch die Verwaltung wurde das vormals dort geltende Tempo-30-Gebot aufgehoben. In den Sitzungen war berichtet worden, dass viele Verkehrsteilnehmer für die vor Ort vorliegenden Gegebenheiten zu schnell fahren. Es wurde unter anderem darum gebeten, die zulässige Höchstgeschwindigkeit wieder auf 30 km/h zu begrenzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat für die Straße „An der Huxmühle“ über ein Wochenende (16.07.-20.07.2015) Messungen durchgeführt. Bei der Messung hat sich ergeben, dass 85% der Verkehrsteilnehmer in den Tagen mit einer Geschwindigkeit von 46 km/h die Straße befahren. In diesen 85 % sind auch die Morgen-, Abend- und Nachtstunden abgebildet. Die Messung ist ausdrücklich über ein komplettes Wochenende im Sommer erfolgt, um die Ausflügler mit zu erfassen.

Das Ergebnis spiegelt auch die Annahme der Verwaltung wieder, dass hier eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, die von der Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer akzeptierte Geschwindigkeit ist. Nochmals herauszustellen ist, dass es sich um die zulässige Höchstgeschwindigkeit handelt. Verkehrsbedingt, d.h. insbesondere bei starkem Ausflugsverkehr, kann und muss die Geschwindigkeit gedrosselt werden. Hierbei handelt es sich aber jeweils um eine situationsbedingte Entscheidung des Kraftfahrers. Auch bei vorangegangenen Messungen an Wochentagen in den letzten Jahren lag das Geschwindigkeitsniveau immer in diesem Bereich (trotz einer damaligen 30-iger Regelung).

Die Verwaltung sowie die Polizei halten somit diese derzeit bestehende Regelung für richtig und angemessen.

Hinsichtlich der Nutzung der Straße als Schleichweg können wohl nur Kontrollen zu einer Verbesserung führen. Die Verwaltung hat die dafür ausschließlich zuständige Polizei deshalb darum gebeten, im Rahmen der personellen Kapazitäten Kontrollen durchzuführen.